

Terroristen-Drohung zeigten die Behörden Eile. Mitte Juli zeichnete sich ab, daß beide Wünsche größtenteils erfüllt wurden. Folge: Am 24. Juli entließen die Terroristen nach dreimonatiger Gefangenschaft ihren Gefangenen — wenngleich nur „auf Bewährung“.

An einem anderen Kidnapping-Opfer hingegen, dem Manager Giuseppe Taliercio, wollten die Ultras ein Exempel statuieren. Taliercio war Werksdirektor eines Zweigbetriebes des Chemie-Konzerns Montedison in Porto Marghera (Mestre), wo überdurchschnittlich viele Beschäftigte bleibende Gesundheitsschäden davonzogen.

Die Roten Brigaden warfen ihm vor, er sei mitverantwortlich für „Tausende von Toten und Schwerkranken, die

In die Sprache der Brigadisten fließt Gewerkschaftsjargon ein. Der prominente Sozialist Enzo Mattina vom Arbeitnehmerverband UIL folgerte daraus, „daß Sandruccis Ankläger sicherlich ein Gewerkschafter ist“. Die Terroristen hätten sich eben „nicht nur in der Fabrik, sondern auch in der Gewerkschaft eingenistet“.

Terrorismus in den Fabriken — das war nichts Neues. Immer mal wieder tauchten in norditalienischen Großbetrieben Flugblätter der „Brigate Rosse“ auf. Aber: Die Gewerkschaften hatten bisher jeden Verdacht der Unterwanderung oder Duldung von Terroristen entrüstet zurückgewiesen. Ein Mailänder Funktionär: „Wir nähren doch keine Schlange am Busen.“

ge ihrer neuen Strategie noch stärker bemühen, die Gewerkschaften zu unterwandern. Und in einigen Großbetrieben könnte ihnen dies sogar gelingen. Sie kämpfen kompromißlos gegen Entlassungen und Kurzarbeit, gegen Überstunden und technologische Erneuerungen, weil dadurch die Ausbeutung noch schlimmer werde.

Die Roten Brigaden haben bereits angekündigt, wo sie ihre nächsten Aktionen starten wollen: bei den Turiner Fiat-Werken. Dort stehen im Herbst schwierige Tarifverhandlungen und womöglich Streiks bevor.

„Die Fiat-Werke sind hierzulande das Symbol für Fabrik schlechthin. Daher können die BR auf dieses Aktionsfeld nicht verzichten“, sagt der Richter Maurizio Laudi, der sich in etlichen Turiner Prozessen mit den Roten Brigaden beschäftigt.

Laudi: „Ich habe Angst vor dem Herbst.“

FRANKREICH

Politischer Prozeß

Piratensender überall. Sozialist Mitterrand verteidigte sie, als er in der Opposition war. Geht er jetzt gegen sie vor?

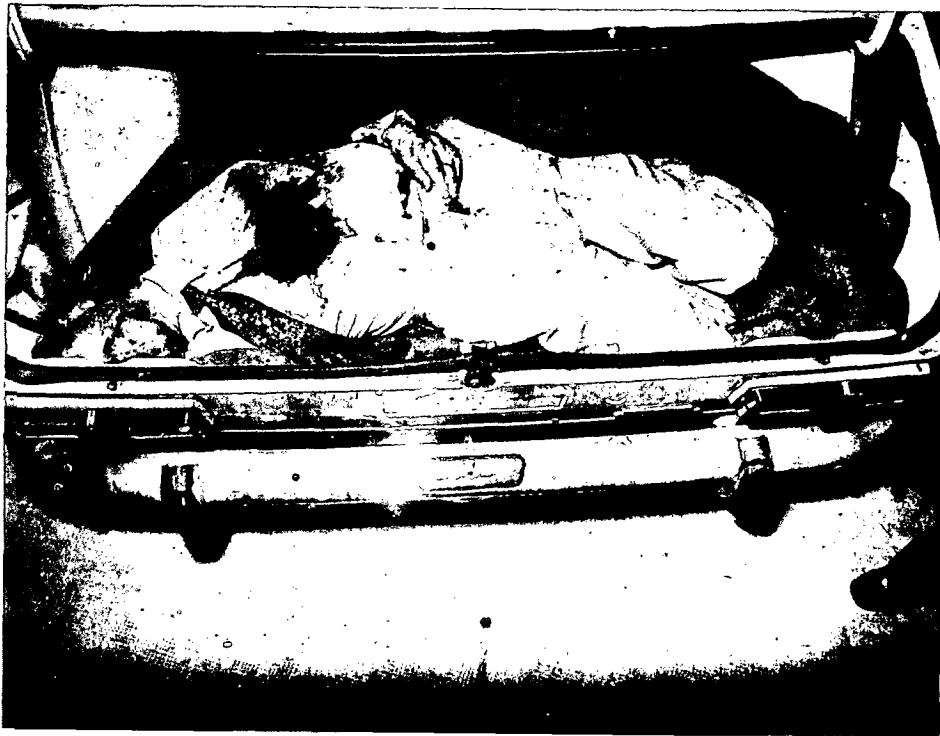
Ein Hubschrauber kreiste über der Cité Malesherbes, nahe der Pariser Place Pigalle. Unten, in den Straßen, schossen Polizisten mit Tränengas und gingen eine gepanzerte Tür mit Brechstangen an.

Ziel der Polizisten: ein Bürogebäude der Sozialistischen Partei Frankreichs. Grund: Aus der Cité Malesherbes sendete „Radio Riposte“, ein von den Sozialisten betriebener Piratensender, über dessen Welle auch Sozialistenchef François Mitterrand gesprochen hatte.

Polizeieinsatz zu nächtlicher Stunde — wie gegen die Sozialisten —, Sturm im Morgengrauen gegen Gewerkschaftsbüros oder Rathäuser, in denen illegale Sender vermutet wurden — das war ein beinahe alltägliches Ereignis im Frankreich des konservativen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing gewesen.

Es galt angeblich, einen „mächtigen Keim der Anarchie“ (so Giscard's Premier Raymond Barre) zu ersticken, die sogenannten „radios libres“, mit denen Umweltschützer, Kommunisten, Homosexuelle und auch die Sozialisten das Monopol des Staates über Fernsehen und Rundfunk auszuhöhlen suchten.

Die Piraten wähten, so Mitterrand damals, „die Pressefreiheit in Gefahr“, der Staat schlug zurück. Bürgermeister und Abgeordnete wurden angeklagt, Sender beschlagnahmt. François Mitterrand mußte wegen seiner Beteiligung am „Riposte“-Programm vor dem Untersuchungsrichter erscheinen. Ihm



Ermordeter Werksdirektor Taliercio: Tips aus der Gewerkschaft?

sich ihre Leiden durch miserable Arbeitsbedingungen zugezogen haben, für Massenentlassungen und neue Stufen der Ausbeutung“. Am 6. Juli, nach langem „Prozeß“, wurde Taliercio „wegen 30jähriger antiproletarischer Aktivität“ erschossen.

Informationen über den Montedison-Mann hatten die Brigadisten zweifellos aus erster Hand, von ihren Gesinnungsgenossen aus der Fabrik, erhalten.

Der Verdacht, daß die Gewerkschaften von linken Umstürzern unterwandert seien, wurde im vierten Entführungsfall, dem des (später freigelassenen) Alfa-Romeo-Ingenieurs Renzo Sandrucci, beinahe zur Gewißheit. Denn die Terroristen spielten das Protokoll über Sandruccis „Verhör“ der Presse zu. Es zeigt, daß die selbsternannten Volksrichter über interne Vorgänge und Streitpunkte bei Alfa Romeo genauestens Bescheid wissen.

Deshalb rief Mattinas Eingeständnis nun Proteste bei anderen Gewerkschaften hervor. Pierre Carniti, Sekretär der christdemokratisch orientierten Gewerkschaft Cisl, fragte empört, wo Mattina denn die Beweise für seine Thesen habe. Unter Arbeiterführern keimt Zwietracht: Sie verdächtigen einander, den Ultras gegenüber blind zu sein.

Das Verhältnis zu den Terroristen ist seither Hauptthema in der italienischen Gewerkschaftsdiskussion. Viele Funktionäre stimmen, hinter vorgehaltener Hand, der von Mattina vorgebrachten Selbstkritik zu: „Wir waren früher extrem ideologisch. So weigerten wir uns jahrelang, über Produktivität zu reden, weil sie uns als Gipfel der Ausbeutung erschien. Heute verkünden die Roten Brigaden unsere radikalen Parolen von einst. Das ist auch unsere Schuld.“

Italienische Terrorismus-Experten sind überzeugt, daß sich die BR im Zu-

drohten bis zu einem Jahr Gefängnis und bis 100 000 Franc Geldstrafe.

Das war vor zwei Jahren, im August 1979. Begleitet von seinen Anwälten, Robert Badinter, Roland Dumas und Michel Vauzelle, zürnte Mitterrand vor dem Justizpalast über die konservative Regierung: „Die wollen einen politischen Prozeß. Den sollen sie haben.“

Nach dem Wahlsieg der Sozialisten erließ der neue Staatschef Mitterrand eine Amnestie — Nutznießer auch François Mitterrand —, nach der den Piratensendern das beschlagnahmte Sendegerät zurückgegeben wurde. Mitterrand-Anwalt Badinter ist jetzt Justizminister, Anwalt Dumas Abgeordneter, Anwalt Vauzelle Sprecher des Elysee-Palastes. Und nun sehen sie die Sender-Frage ganz anders.

Für Jean-Louis Croquet, Chef eines Marketing-Unternehmens in Versailles, bestand seinerzeit kein Zweifel: Mitterrand habe den unabhängigen, von ihm propagierten „radios libres“ eine „große Zukunft“ prophezeit, folglich werde er „uns diese Freiheit geben“. Und: „Private Radiostationen werden nunmehr gestattet sein.“

Croquet stellte sich darauf ein. Schon acht Wochen nach Mitterrands Wahltriumph hatten Techniker über einem Einkaufszentrum des südöstlich von Paris gelegenen Vororts Vélizy eine 40 Meter hohe Antenne einbetoniert, Telefunken einen 511 171 Franc teuren und zehn Kilowatt starken Sender installiert, sechs Discjock-



Polizei-Einsatz gegen illegalen Sozialistensender 1979: „Mächtiger Keim der Anarchie“

keys und fünf Journalisten ihre Studios bezogen.

Am 14. Juli meldete sich der Sender „RFM“ erstmals in der französischen Hauptstadt auf UKW, eine Station, die über 150 Kilometer ausstrahlt und, so prophezeite Croquet, „unsere lahmen Konkurrenten das Fürchten lehren wird“.

24 Stunden sendet RFM nun ununterbrochen Musik und Nachrichten. Marketingexperte Croquet behauptet nach ersten Umfragen: „Wir haben rund eine Million Hörer.“

Doch nicht allein RFM müssen Frankreichs traditionelle Stationen wie „France-Inter“ oder die kommerziellen Sender wie „Radio-Monte-Carlo“, „Radio-Luxembourg“ und „Europe 1“ (an denen der französische Staat Anteile hält) jetzt fürchten. Allenthalben entstehen RFM-ähnliche Sender.

„Kein Tag vergeht“, meldet „Le Monde“, „an dem nicht eine Neugeburt gemeldet wird.“ „Wie Unkraut“ sprössen diese Sender, klagte „Le Point“.

Insgesamt annähernd 100 Stationen arbeiten heute bereits in Paris. Eine vollautomatische Sendeanlage will ein Pariser Unternehmer einrichten, Redakteure einer britischen Zeitung planen einen englischsprachigen Sender in Frankreichs Hauptstadt.

„Radio J“ sendet vornehmlich Programme für jüdische Hörer, „Radio Nana“ wird von Feministinnen betrieben, „Lumière 101“ vertritt die Interessen der Katholiken. „Radio Diva“ befaßt sich mit den Problemen von Minderheiten, von Strafgefangenen und

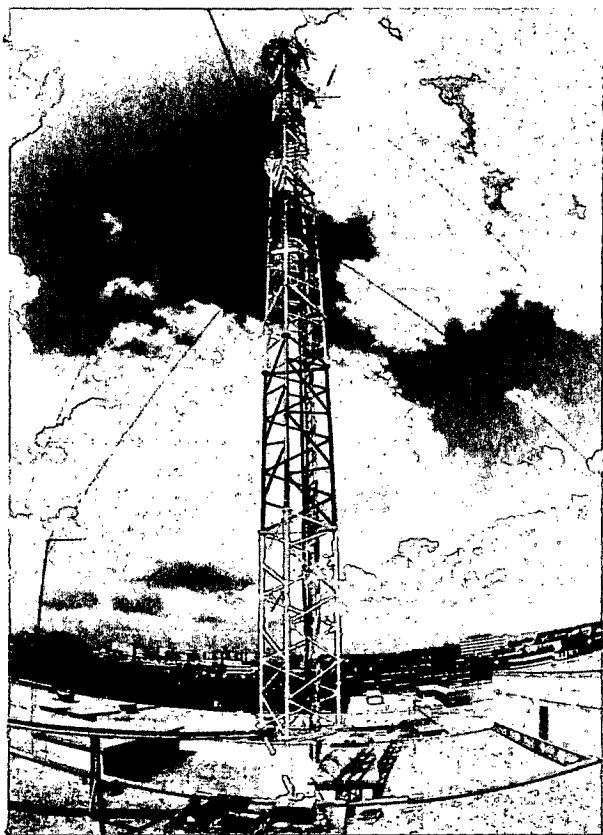
Drogenabhängigen. „Ici et maintenant“ kontrollieren Sympathisanten der Sozialisten.

Auch die Zeitungsverleger werden in Versuchung geführt. Als „unerlässlich“ für das Überleben der Zeitungen etwa betrachtet Claude Perdriel, Herausgeber des „Nouvel Observateur“ wie auch des „Matin de Paris“, daß Zeitungen eigene Rundfunkstationen betreiben. „Le Monde“ hilft angeblich bereits bei der Finanzierung des Senders „Cité future“ mit, dem „Quotidien de Paris“ werden Verbindungen zur „Génération 2000“, dem rechten „Figaro-Magazine“ zu „Radio Alpha“ nachgesagt, Jacques Chirac, der gaullistische Bürgermeister von Paris, bestellte bei Telefunken einen Sender.

Die Sozialisten aber, einst Verteidiger der „Freien Sender“, bekommen nun „das Flattern vor soviel Freiheit“, wie RFM-Chef Croquet zu erkennen glaubt. Mitterrands Kommunikations-Minister Georges Fillioud wählte „im Dunklen viele Gruppen in Vorbereitung, die die Wellen erobern wollen“.

Im September, spätestens aber Oktober, will Fillioud ein Gesetz ins Parlament einbringen, durch das eine „anarchische Situation“ verhindert werden soll. Statt 30 Kilometer, wie Fillioud 1979 (damals allerdings noch in der Opposition) forderte, sollte die Ausstrahlung der „radios libres“ auf fünf Kilometer beschränkt und Werbung womöglich verboten werden. Fillioud-Devise: „Freie Sender ja, aber keine kommerziellen Sender.“

„Es ist unvorstellbar“, argumentierte der linke Claude Perdriel im „Matin de Paris“, „daß eine Regierung der Linken die derzeitige Vorherrschaft von zwei oder drei kommerziellen Sendern duldet.“ Und: „Man kann nur hoffen, daß sich die Haltung der Regierung schnellstens zugunsten der Freien Radios ändern wird.“ Patrick Fillioud,



Sendemast der Piratenstation RFM
„Wie Unkraut“

Ministersohn und zugleich einer der Aktivisten im Sender „Radio Gilda“, urteilte über die Politik seines Vaters: „Widerspruchsvoll und restriktiv.“ Und der „Figaro“ stellte genüßlich fest, bei den „radios libres“ breiteten sich „Bitterkeit, Enttäuschung und Beunruhigung“ aus.

RFM-Manager Jean-Louis Croquet will sich „nicht geschlagen geben“. Rund 300 Briefe erhalte sein Sender täglich, ein Beweis für Croquet, daß „durchaus Platz für uns alle ist“.

Sollte Mitterrands Partei „statt auf Freiheit auf Unterdrückung setzen“, wie Croquet es ausdrückt, bliebe ein deutsches Unternehmen Gewinner: Telefunken verkauft nicht nur Sendeanlagen für die „radios libres“, sondern zugleich auch Störsender an den Staat.

ABENTEUER

Schatz im Sägemehl

Deutsche Zahnärzte und schottische Taucher, aber auch die Regierungen in Moskau und London sind an einem Spiel um 180 Millionen Mark beteiligt. Es geht um Gold, das 1942 mit dem Kreuzer „Edinburgh“ versenkt wurde.

Vorsichtig, als würde Nitroglyzerin verladen, nahm der Kran des Kreuzers „Edinburgh“ im Eismeerhafen von Murmansk die Fracht an Bord — 93 unscheinbare Holzkisten, deren Empfang eigens vom Kommandeur des Schiffes, Korvettenkapitän Hugh Faulkner, auf einem Quittungsformular bestätigt werden mußte. Der Tagesstempel trug das Datum eines Sonntags, des 25. April 1942.

Merkwürdig aber auch, daß die Last in jenem Laderaum gelagert werden sollte, in dem sich hinter zentimeterdicken Panzerplatten sonst die Munition des Bordflugzeugs befand, mittschiffs, tief im Bauch des britischen 10 000-Tonnen-Kreuzers. „Der diensthabende Offizier sagte zu mir: ‚Wenn eine von den Kisten ins Wasser fällt, gehst du runter und holst sie‘“, erinnert sich Reg Levick aus Sheffield, der damals Schiffstaucher war. „Von diesem Augenblick an war uns klar, daß wir etwas ganz besonders Wertvolles befördern würden.“

Der Argwohn war berechtigt. Die primitiven Bretterkisten bargen ein hochrangiges Kriegsgeheimnis: sieben Kilo schwere Goldbarren, von denen vier in jedem der Behälter lagen, fein säuberlich und stoßfest mit Sägemehl umgeben.

Insgesamt fünfeinhalb Tonnen des gelbgänzenden Metalls, das noch den Doppeladler des Zarenwappens trug, hatte die „Edinburgh“ an Bord genommen — als Teil jenes Entgelts, mit dem Josef Stalin, damals Parteichef und Oberbefehlshaber in Personalunion, Amerikas womöglich kriegsentschei-

dende Waffenlieferungen an die UdSSR bezahlte.

Im Gegensatz zu dem Frachterkonvoi QP 11 jedoch, den sie nach Reykjavik auf Island führen sollte, erreichte die „Edinburgh“ ihren Bestimmungsort nicht mehr. Sie wurde Opfer einer der dramatischsten Geleitzugschlachten nördlich des Polarkreises und sank, 325 Kilometer von Murmansk entfernt, auf den Grund der sturmgepeitschten Barentssee.

Das Wrack, in dessen zerfetzten Kammern 60 Leichen lagen, war vom Kriegsministerium in London zunächst offiziell zum Kriegergrab erklärt wor-

Doch beispiellos ist auch das Risiko, das die Taucher bereitwillig auf sich nehmen. Um in das Wrack der „Edinburgh“ steigen zu können, müssen sie in 250 Meter Tiefe die schützende Hülle ihrer Tauchglocke verlassen. Bisher aber wurde bei solchen Druckverhältnissen weltweit nur von geschlossenen Tauchkugeln aus operiert.

Maximal 250 Meter konnte auch jenes deutsche U-Boot tauchen, das die „Edinburgh“ im Jahre 1942, fünf Tage nach der Ladung des Russen-Golds, in der Barentssee erspähte.

„Kreuzer gesichtet, definitiv ‚Belfast-Klasse‘. Mit hoher Geschwindigkeit auf



Sowjet-Führer Stalin: Zarengold für USA

den. 1957 aber hob die britische Regierung diesen Status, der zum Beispiel Tauchern das Betreten der „Edinburgh“ verwehrt hatte, teilweise wieder auf. Denn eine neue Tiefseetechnik, die gerade zur Ausbeutung der Öl- und Erdgasfelder in der Nordsee erprobt wurde, ließ den Goldschatz Stalins für die Bank von England wieder interessant erscheinen.

Erst jetzt aber, 39 Jahre nach dem Untergang der „Edinburgh“, macht eine spektakuläre Bergungsexpedition im Nordmeer Ernst, nachdem zuvor englische, norwegische und sowjetische Goldjäger schon beim Versuch gescheitert waren, das Wrack überhaupt zu orten.

Am Donnerstag dieser Woche soll die „Stephaniturm“, ein 1400 Tonnen großes deutsches Spezialschiff mit schottischen Experten und acht Tauchern Aberdeen verlassen, um vom nächsten Dienstag an den Goldhort hoch im Norden auszuheben. Sein Wert, am aktuellen Preis gemessen, beträgt über 180 Millionen Mark. Er stellt somit das größte all jener unterseeischen Vermögen dar, deren Lage bekannt und auf den diesbezüglichen Kartenwerken eingetragen ist.

Zickzackkurs“, so beschrieb Kapitänleutnant Max Teichert im Logbuch von „U 456“ das Manöver, mit dem der britische Konteradmiral Stuart Bonham-Carter deutschen Verfolgern gerade entgehen wollte. Bonham-Carter führte den Geleitzug QP 11 und hatte dessen Flaggschiff „Edinburgh“ 20 Kilometer weit vorausgeschickt, in Richtung Treibeisgrenze, wo sich der nachfolgende Konvoi wenigstens nur am Rande des Aktionsgebiets gegnerischer Schlachtflugzeuge bewegt hätte. Mit dem Zickzackkurs versuchte „Edinburgh“-Kapitän Faulkner unterdes, einem möglicherweise lauernnden Unterseeboot das Zielen zu erschweren.

Vergebens — schon der erste Torpedogriff Teicherts traf das schlanke Schiff schwer. Es detonierte steuerbords kurz vor dem vorderen „Edinburgh“-Schornstein in unmittelbarer Nähe des Raumes, in dem das Gold lagerte. Noch schlimmer aber war der zweite Treffer, der einen Teil des Hecks und mit ihm das Ruder absprengte. Die „Edinburgh“, Ironie des Kriegsschicksals, befand sich nun in der gleichen Situation wie das deutsche Schlachtschiff „Bismarck“, dem ein Torpedo ebenfalls die Ruderanlage zer-